



Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Antrittsbesuch von Bundeskanzler Merz in Sachsen-Anhalt

Willingmann warnt vor Benachteiligung des Ostens beim Bau neuer Gaskraftwerke

Die Berliner Koalition hat sich auf den Bau neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke und die Einführung eines Industriestrompreises verständigt. Sachsen-Anhalts Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann begrüßt die energiepolitischen Weichenstellungen, sieht aber weiteren Klärungsbedarf. So warnt der Minister vor einer Benachteiligung des Ostens beim Bau neuer Gaskraftwerke. Am heutigen Dienstag will Willingmann das Thema auch beim Antrittsbesuch von Bundeskanzler Friedrich Merz in Sachsen-Anhalt ansprechen.

„Im jüngsten Koalitionspapier wird explizit der Süden Deutschlands für neue Gaskraftwerke genannt. Das erinnert an den im Sommer aus dem Bundesenergieministerium betonten Südbonus“, kritisiert Willingmann. „Industrie gibt es aber bei weitem nicht nur in Süddeutschland. Unsere energieintensive Chemieindustrie ist auf eine stabile und günstige Stromversorgung angewiesen. Ich warne deshalb davor, den Osten beim Bau neuer Kraftwerke zu vernachlässigen. Vor allem der Kraftwerksstandort Schkopau muss von Anfang an einbezogen werden, wenn es um den Bau neuer, wasserstofffähiger Gaskraftwerke geht.“

Der Bund plant, ab 2026 Ausschreibungen für insgesamt 10 Gigawatt neuer steuerbarer Kraftwerke zu starten, vor allem H₂-ready-Gaskraftwerke. Mit einer „regionalen Steuerung“ soll sichergestellt werden, dass der Zubau an besonders system- und netzdienlichen Standorten erfolgt und wo er aus Gründen des sicheren Betriebs des Stromnetzes benötigt wird. Explizit heißt es dazu im Papier: „etwa für den Süden Deutschlands“. Die Gründe, Schkopau von einem Braunkohle- zu einem wasserstofffähigen Gaskraftwerk zeitnah umzurüsten, liegen für Willingmann auf der Hand: „Schkopau ist einer der wichtigsten Energiestandorte Mitteldeutschlands – für Strom, für Wärme, für Bahnenergie, für die Chemie. Ein Wegfall dieser Leistung ohne Ersatz würde ein energiewirtschaftliches Vakuum schaffen.“

Damit der Standort Schkopau auch nach dem Ende der Kohleverstromung seine bisherige Schlüsselrolle in der Energieversorgung und für die Netzstabilität im energieintensiven Industriedreieck Leipzig-Halle-Leuna behält, hat die MIBRAG Energy Group mit ihrer Tochter Saale Energie GmbH bereits im Sommer 2025 ihre Planungen für den Neubau eines hocheffizienten Gas- und Dampfturbinenkraftwerks (GuD) mit einer Nettoleistung von bis zu 900 Megawatt vorgestellt und betreibt dieses Projekt eines künftig auch wasserstofffähigen Gaskraftwerks. Gemäß Kohleverstromungsbeendigungsgesetz ist die Laufzeit des jetzigen Braunkohlenkraftwerks Schkopau bis Ende 2034 begrenzt.

Positiv hob Willingmann hervor, dass die Berliner Koalition noch einmal klargestellt hat, dass die künftigen Gaskraftwerke grundsätzlich wasserstofffähig sein sollen. „Ich begrüße sehr, dass die Koalition hier Kurs Richtung Zukunft hält“, erklärte der Minister. „Wer heute in Gaskraft investieren soll, braucht eine Perspektive über die nächsten 20 Jahre hinaus. Zudem setzen wir in Sachsen-Anhalt auf Wasserstoff und beteiligen uns am zügigen Ausbau des künftigen Wasserstoffkernnetzes.“

Impressum: Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Leipziger Str. 58 39112 Magdeburg Tel: +49 391 567-1950, E-Mail: PR@mwu.sachsen-anhalt.de, [Facebook](#), [Instagram](#),
[LinkedIn](#), [Threads](#), [Bluesky](#), [Mastodon](#) und [X](#)